



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

20.03.03

Stadthausumbau

Presseerklärung

1999 beschloss der Rat, den Umbau des Stadthauskomplexes im ersten Bauabschnitt zu realisieren und über das Sondervermögen „Grundstücks- und Vermögensverwaltungsfonds“ zu finanzieren.

Der zweite Bauabschnitt wurde lediglich in seiner räumlichen Ausdehnung festgelegt. Eine planerische Konzeption für diesen Bauabschnitt außer einem Hinweis auf die mögliche kommerzielle Nutzung in den unteren Geschossen sowie im Innenhof gab es zu diesem Zeitpunkt nicht. Insofern ist folgerichtig, dass nach Fertigstellung der Berswordthalle der Rest des Gebäudebestandes saniert wird.

Die Begehung des Gebäudes, die unsere Fraktion in dieser Woche vorgenommen hat, hat die Notwendigkeit des Handelns verdeutlicht. Insbesondere die Tatsache, dass es sich bei AusländerInnenbehörde um einen öffentlich stark frequentierten Verwaltungsbereich handelt, macht bauliche Veränderungen unumgänglich. Die Räume, in denen die Angelegenheiten ausländischer MitbürgerInnen behandelt werden, sind aufgrund des riesigen Handaktenbestandes so eingeengt, dass sowohl für MitarbeiterInnen als auch für KundInnen unzumutbare Bedingungen herrschen. Letztlich müssen organisatorische und konzeptionelle Überlegungen, die von DOSYS erarbeitet wurden, die Grundlage für die notwendigen baulichen Veränderungen bilden. Davon abgesehen ist der übliche Sanierungsaufwand augenfällig: Die Erneuerung der Fenster, der Heizungs- und Sanitäreinrichtungen muss mit den übrigen Maßnahmen koordiniert werden.

Aus unserer Sicht ergeben sich langfristig noch andere Erfordernisse. Zum einen muss die Finanzierung geklärt werden. Bekanntlich wurde der Bau des Qualifizierungszentrums in Dorstfeld aus dem Sondervermögen finanziert, so dass der zweite Bauabschnitt des Stadthauskomplexes wesentlich über Kredite finanziert werden müsste. Zum anderen sollte darüber nachgedacht werden, wie im Zuge einer längerfristigen Verwaltungsstrukturreform



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

und der Zusammenführung von Verwaltungseinheiten ein organisatorisches und räumliches Gesamtkonzept realisiert werden kann, dass Synergieeffekte nutzt und „passende“ Verwaltungseinheiten zusammenführt. Darüber hinaus muss der gesamte Sanierungsaufwand für öffentliche Verwaltungsgebäude beziffert und mit einer Prioritätensetzung versehen werden. Das werden wir unabhängig von den Planungen für den zweiten Bauabschnitt beantragen.